



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

STADTUMBAU OST: 1,4 MILLIONEN LEERE WOHNUNGEN 2020

20.10.2008 Fachinformation

PRESSEGESPRÄCH der ostdeutschen Mitgliederverbände im GdW Bundesverband der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. Leipzig – Die Vorstände der sieben ostdeutschen Mitgliederverbände im GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. haben anlässlich des heutigen Stadtumbaukongresses die "Leipziger Erklärung" verabschiedet. Ihr Fazit: Beim Stadtumbau Ost ist erst der halbe Weg geschafft. Ohne eine zügige Inangriffnahme der zweiten Stadtumbauphase sind die bisher erzielten Erfolge in Gefahr. Gefordert werden deshalb u.a. eine Fortsetzung der Abrissförderung und eine Anschlussregelung in der Altschuldenfrage. Neue Bundesländer: Bis 2050 ein Drittel weniger EinwohnerDas Statistische Bundesamt rechnet bis 2050 für die neuen Bundesländer mit einer Bevölkerungsabnahme um rund 32 Prozent auf dann 9,13 Millionen Einwohner. In den alten Bundesländern solle der Rückgang mit knapp 14 Prozent auf 56,7 Millionen deutlich geringer ausfallen. Angesichts dieser Entwicklung müssten zwischen 2010 und 2016 in den neuen Bundesländern 200.000 bis 250.000 weitere Wohnungen abgerissen werden, stellen die sieben Verbandsvorstände fest. Nur so könne die hier ab 2010 anrollende zweite Leerstandswelle wirkungsvoll gebrochen werden. Diese Abrissleistung könne jedoch nur gewährleistet werden, wenn sie mit 60 Euro pro Quadratmeter rückgebauter Wohnfläche gefördert würde. Dieser Betrag decke in etwa die Kosten, die den Unternehmen durch den Rückbau entstünden. Ohne Abrisse droht AbwärtsspiraleOhne die Förderung des Rückbaus würde die Zahl der Leerstände von derzeit 780.000 bis 2020 auf 1,4 Millionen ansteigen. Weitere Abrisse seien städtebaulich unbedingt erforderlich, so die Verbandsdirektoren in ihrer Erklärung. Nur auf diese Weise könne sicher gestellt werden, dass die Städte trotz rasant schrumpfender Bevölkerungszahlen weiterhin ihre Rolle als Entwicklungs- und Versorgungszentren wahrnehmen können. Andernfalls drohe eine Abwärtsspirale aus Abwanderung, leer stehenden Quartieren und weiterer Abwanderung. Nur durch den geordneten Rückbau könne die Zukunftsfähigkeit der ostdeutschen Städte gesichert werden. Die Punkte der "Leipziger Erklärung"Mit der "Leipziger Erklärung" fordert die Wohnungswirtschaft für die Fortsetzung des Stadtumbau Ost-Programms nach 2010: Förderung von Abrissen mit 60 Euro pro Quadratmeter abgerissener Wohnfläche Beibehaltung der hälftigen Verteilung der Programmmittel auf Abriss und Aufwertung Anschlussregelung in der Altschuldenregelung über 2010 hinaus und solide Neuschuldenregelung Konzentration der Förderung auf Innenstädte und zukunftsfähige Stadtteile Wiedereinführung einer bundesweiten Investitionszulage zur Stärkung der Innenentwicklung Stadtumbau Ost als gesamtgesellschaftliche AufgabeDie Mitgliedsunternehmen der sieben in Leipzig tagenden wohnungswirtschaftlichen Verbände bewirtschaften in den neuen Bundesländern gut 2,3 Millionen Wohnungen. Das entspricht über 50 Prozent des dortigen Mietwohnungsbestandes. Bis Ende 2007 sind im Rahmen des Stadtumbau Ost-Programms in den neuen Bundesländern rund 200.000 Wohnungen abgerissen worden. Bis 2010 sollen weitere 150.000 folgen. Der Leerstand bei den Mitgliedsunternehmen der sieben in Leipzig tagenden Wohnungsverbänden sei seit seinem Höhepunkt von 16,4 Prozent (2002) auf mittlerweile 11,4 Prozent (2007) bzw. rund 252.000 Wohnungen gesenkt worden. DIE THEMEN IM ÜBERBLICK "Leipziger Erklärung" Hintergrund: Teilungs- und wiedervereinigungsbedingte Problemlagen wirken fort Leerstand: Ost und West im Vergleich Stadtumbau Ost: Mehr als nur Abriss Pressemappe zum Download

